



Der Internationale Währungsfonds (IWF) rechnet mit der schwersten Weltwirtschaftskrise seit Jahrzehnten. Fast 900.000 Menschen sind hierzulande in Kurzarbeit, 562.000 waren Ende März arbeitslos. Die milliardenschweren Hilfspakete des Staates sollen das Schlimmste abfedern, doch irgendwann wird auch über die Finanzierung diskutiert werden müssen. Grünen-Vizekanzler Werner Kogler meinte dazu kürzlich: „Ich bin für einen rigorosen Beitrag von Millionen- und Milliarden-Erben.“

Erbschafts-Steuer zur Krisen-Finanzierung?

JA

RAINER WIMMER,
Chef der Gewerkschaft PRO-GE

„Die Corona-Pandemie stellt uns vor die größten wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen der Zweiten Republik. 40 Milliarden Euro wurden bisher freigemacht, um die Krise zu bewältigen. Die Regierung hat in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern viele gute Maßnahmen getroffen. Allein durch das Instrument der Kurzarbeit konnten bis dato fast 900.000 Arbeitsplätze gerettet werden. Jetzt beginnt wieder die schrittweise Öffnung der



Wirtschaft und wir müssen beginnen, über die Finanzierung der immensen Krisenkosten nachzudenken. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Arbeitnehmer allein alle Lasten schultern müssen oder es zu einem Kahlschlag im Sozialsystem kommt. Österreich gehört im OECD-Vergleich zu den Schlusslichtern,

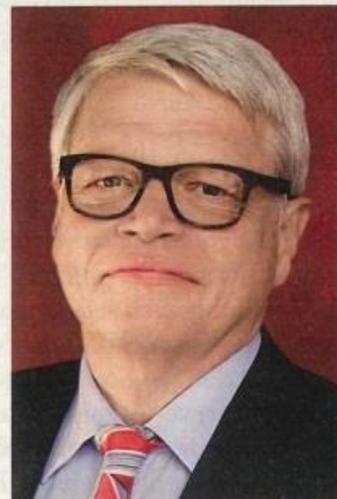
was die Besteuerung von großen Vermögen betrifft. Deshalb ist die Forderung nach einer Erbschaftssteuer vernünftig. Wir wollen eine Steuer, die nur jene trifft, die mehr als eine Million Euro erben. Niemand, der ein kleines Haus, ein normales Sparbuch oder eine Eigentumswohnung vererbt bekommt, muss sich daher Sorgen. Jedem, der mehr als eine Million Euro erbt, ist es angesichts dieser historischen Krise zuzumuten, einen Beitrag zu leisten.“

NEIN

MARTIN PRUNBAUER,
Haus- und Grundbesitzerbund ÖHGB

„Es werden leider wieder Stimmen laut, dass man neue Eigentumssteuern braucht, um Geld, das in der Krise ausgegeben wurde, zurückzuzahlen. Ich warne davor, diesen Stimmen nachzugeben. Warum? Weil sie familien- und leistungsfeindlich sind. Sie sagen Millionäre, meinen aber uns und unsere Familien. Von Unternehmen darf keine Eigentumssteuer verlangt werden, das würde viele Arbeitsplätze kosten.

Um wirklich etwas zu bewegen, müsste man tief in den Mittelstand besteuern und die Grenzen dramatisch tief ansetzen. Das betrifft nicht nur das eigene Sparbuch oder die Münzsammlung, sondern vor allem das eigene Heim.



Jeder, der ein Auto, etwas Schmuck oder eine Vorsorgewohnung besitzt, würde davon schwer getroffen. Egal, ob man sich die eigene Pension etwas aufbessern oder irgendwann einmal den Enkelkindern etwas hinterlassen möchte, was auch immer man mit dem eigenen Besitz anfangen möchte, für den man selbst oder die eigene Familie schwer gearbeitet und bereits Steuern bezahlt hat. Diese Entscheidung sollte uns niemand abnehmen dürfen.“